

## INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

**Landesrat Max Hiegelsberger**

am 03. Dezember 2018

zum Thema

**„Bauamtskooperation Gunskirchen – Professionalität durch  
gemeindeübergreifende Zusammenarbeit“**

### Weitere Gesprächsteilnehmer:

- **Josef Sturmair**, Bürgermeister der Marktgemeinde Gunskirchen
- **DI Karl Kaser**, Bürgermeister der Gemeinde Bachmanning

### Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:  
Amt der Oö. Landesregierung  
Direktion Präsidium  
Abteilung Presse  
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12  
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88  
landeskorrespondenz@ooe.gv.at  
www.land-oberoesterreich.gv.at

**„Sieben Gemeinden bieten in der Bauamtskooperation Gunskirchen in Zukunft gemeinsam beste Dienstleistungsqualität für insgesamt 14.000 Einwohnerinnen und Einwohner. Das ist zukunftsorientierte Gemeindeentwicklung und bietet Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch die Gemeindebediensteten. Es freut mich, dass der im Rahmen der Gemeindefinanzierung NEU ins Leben gerufene Regionalisierungsfonds bereits erste, sichtbare Früchte trägt,“** erläutert Gemeinde-Landesrat Max Hiegelsberger.

### **Interkommunale Kooperation als Erfolgsrezept in der Gemeindeverwaltung**

---

Ein Vorzeigeprojekt der interkommunalen Zusammenarbeit im Bezirk Wels-Land wird nun um weitere Gemeinden erweitert. In Gunskirchen werden in Zukunft die Bauamts-Aufgaben von insgesamt sieben angrenzenden Gemeinden in einer gemeinsamen Dienststelle erledigt. „Die Aufgaben der Bauamtsverwaltung in den Gemeinden sind umfangreich und fordernd. Sie reichen von der Raumordnung über Bauverfahren bis hin zu den damit verbundenen Gemeindeabgaben. In einer gemeindeübergreifenden Kooperation können diese Aufgaben professioneller und rascher abgewickelt werden. Das Land Oberösterreich wird daher weiterhin Gemeinde-Kooperationen durch die Förderung der Projektkosten aktiv begleiten,“ freut sich Gemeinde-Landesrat Max Hiegelsberger über das Vorzeigeprojekt.

---

## **Die Bauamtskooperation im Raum Gunskirchen**

---

Der seit 2014 bestehenden Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden Gunskirchen und Bachmanning im Bereich Baurecht hat sich bereits im Jänner 2018 die Gemeinde Pichl bei Wels angeschlossen. Von der Flächenwidmung und den Bebauungsplänen bis zur Bauberatung, der Abwicklung der Bauverfahren und der Bescheiderstellung werden zukünftig alle Aufgaben in diesem Bereich gemeindeübergreifend erledigt. Die Vorteile dieser Kooperation werden bald vier weitere Gemeinden genießen können. Offenhausen, Pennewang, Neukirchen bei Lambach und Aichkirchen haben sich in entsprechenden Grundsatzbeschlüssen des Gemeinderates dazu entschieden, der Kooperation beizutreten. „Es freut mich besonders, dass die bestehende Zusammenarbeit auch für die umliegenden Gemeinden so attraktiv ist, dass bald 14.000 Einwohnerinnen und Einwohner mit 4.216 Gebäuden in den sieben beteiligten Gemeinden miteinbezogen werden,“ resümiert Gemeinde-Landesrat Max Hiegelsberger.

---

## **Vorteile für die beteiligten Gemeinden**

---

Aufgrund der steigenden Komplexität der Bauamts-Aufgaben sind Kooperationen zwischen Gemeinden in diesem Bereich äußerst sinnvoll und werden seitens des Landes Oberösterreich finanziell gefördert. „Die Leistung für die Bürgerinnen und Bürger steht im Zentrum unseres Bemühens. Durch die Kooperation können die mit den Bauamts-Aufgaben befassten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der einzelnen Gemeinden ihre Kräfte bündeln. Das befördert die rasche und effiziente Abwicklung der Bauverfahren und sorgt für größere Rechtssicherheit. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter profitieren durch die Zusammenarbeit in größeren Teams und die

Möglichkeit der Spezialisierung,“ erläutert Gemeinde-Landesrat Max Hiegelsberger die Motivation hinter der Zusammenarbeit.

---

### **Kommende Umsetzungsschritte auf dem Weg zur Kooperation**

---

Bis alle sieben Gemeinden in einer eigenen Dienststelle zusammenarbeiten, sind noch einige Schritte abzuarbeiten. Zuerst erfolgt die Erhebung des Ist-Standes in den Gemeinden bezüglich IT-Prozessen und den verwendeten EDV-Programmen. Sodann wird die Struktur für einen einheitlichen elektronischen Bauakt erstellt und die notwendigen Bearbeitungsprozesse werden modelliert. Schrittweise werden dann die Agenden von den Gemeinden in die neue Dienststelle verlagert. Aktuell wird die Gemeinde Pichl bei Wels in die Kooperation integriert, in den restlichen Gemeinden laufen die Vorbereitungen.

---

### **Unterstützung durch das Land Oberösterreich**

---

Für die erfolgreiche Kooperation ist in der Zeit der Umstellung eine Prozessberatung notwendig, die entsprechenden Büroräumlichkeiten samt Archiv müssen gebaut und ausgestaltet und die IT-Infrastruktur hergestellt werden. Die dabei anfallenden Kosten werden beim vorliegenden Projekt zu 80 Prozent vom Land Oberösterreich getragen. „Langfristig werden die beteiligten Gemeinden auch finanziell von dieser Kooperation profitieren, zu Beginn muss aber erstmal investiert werden. Damit die Kosten in der Anfangsphase kein Hindernis für derartige Kooperationen darstellen, fördert das Land Oberösterreich in diesem Fall sogar 80 Prozent dieser Aufwendungen. Das ist eine nachhaltige Investition in die effiziente und

bürgerorientierte Verwaltung auf Gemeindeebene,“ so Gemeinde-Landesrat Max Hiegelsberger.

### **Gemeindefinanzierung NEU fördert Gemeindekooperationen**

---

Infolge der Anfang 2018 in Kraft getretenen Gemeindefinanzierung NEU wurde auch ein neuer Regionalisierungsfonds geschaffen, der mit Bedarfszuweisungsmitteln von bis zu 15 Millionen Euro Anreize zur Kooperation schafft. Der Fonds ermöglicht die Unterstützung von kommunalen Projekten in den Bereichen Kinderbetreuung, dem Pflichtschulbereich, Amtsgebäuden, Bauhöfen, Veranstaltungsräumen, Bädern, Sportanlagen und Feuerwehr. Förderfähig sind regionale bzw. gemeindeübergreifende Kooperationsprojekte. Die Höhe der Förderung hängt jeweils von der Finanzkraft der Gemeinden ab, enthält aber jedenfalls einen finanziellen Bonus als Anreiz zu Kooperationen. Dadurch werden Verantwortung und Lösungskompetenz in der Region gestärkt und die Investitionskosten werden für die Gemeinden budgetverträglich. „Mit der Gemeindefinanzierung NEU fördern wir das eigenverantwortliche, wirtschaftliche Handeln in den Gemeinden und gewährleisten einen nachhaltigen Mehrwert für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Der Regionalisierungsfonds ist mit einem Gesamtvolumen von bis zu 15 Millionen Euro an jährlichen Bedarfszuweisungsmitteln ausgestattet. Damit werden die Kosten von Kooperationsprojekten gefördert, wenn Gemeinden diese von sich aus anstreben. Mittlerweile können wir auf viele erfolgreiche Beispiele in verschiedenen Teilbereichen der Gemeindeverwaltung verweisen,“ freut sich Gemeinde-Landesrat Max Hiegelsberger über den erfolgreichen Verlauf der bisherigen Kooperationen.

In diesem Zusammenhang ist auch auf die positive Bewertung der Gemeindefinanzierung NEU durch Univ.-Prof. Dr. Peter Bußjäger von

der Universität Innsbruck hinzuweisen, insbesondere in Bezug auf den Regionalisierungsfonds: „Der Regionalisierungsfonds kann als Herzstück einer modernen Gemeindeförderung betrachtet werden, schafft er doch die entsprechenden Anreize für Gemeindekooperationen in Infrastrukturangelegenheiten. Dabei werden auch Gemeindefusionen entsprechend berücksichtigt, wenngleich – was wichtig ist – nicht erzwungen, sondern gleich wie interkommunale Kooperation berücksichtigt.“

### **Weiteres Kooperationsprojekt Baurechtsverwaltung in Bad Hall**

---

Die Baurechtsverwaltung des gesamten Kurbezirkes Bad Hall wird bis 2020 in Bad Hall zentriert. Die Gemeinden Bad Hall, Adlwang, Waldneukirchen, Pfarrkirchen bei Bad Hall arbeiten diesbezüglich schon zusammen, nun wird auch noch die Gemeinde Rohr im Kremstal integriert. Alle fünf Gemeinden werden in Zukunft von einer gemeinsamen Stelle aus betreut. Durch die Konzentration in einer Organisationseinheit können Baurechtsverfahren schneller und in höherer Qualität abgewickelt werden. Die Vielzahl an Fällen aus den fünf beteiligten Gemeinden erhöht die Erfahrung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ermöglicht dadurch mehr Rechtssicherheit. In Zukunft wird jede Woche ein Sachverständiger zur Verfügung stehen und nicht mehr nur einmal im Monat. Dadurch werden Verfahren beschleunigt und einheitlich betreut.